



Antrag-Nr.: 9
zu TOP: 7
Rasterpkt.:

A N T R A G
zur Hauptversammlung vom 11. bis 13. Oktober 2007 in Halle

Antragsteller: Bundesvorstand (im Einvernehmen mit dem EV)

Landesverband:

Headline: Recht auf freie Arztwahl verwirklichen –
Diskriminierung von Patienten und Zahnärzten beenden

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): Keine

Wortlaut des Antrages:

1 Die Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert den Ge-
2 setzgeber auf, das Recht auf freie Arztwahl endlich auch für gesetzlich Krankenver-
3 sicherte umfassend zu verwirklichen und § 13 Abs. 2 SGB V diskriminierungsfrei für
4 Patienten und Zahnärzte zu gestalten

5
6

Begründung:

7 *Das Recht auf freie Arztwahl ist durch das SGB V auf die Wahl zugelassener Ver-*
8 *tragszahnärzte begrenzt.*
9 *Durch § 13 Abs. 2 SGB V wird ein gesetzlich Krankenversicherter zusätzlich in sei-*
10 *nem Wahlrecht behindert, indem es ihm das Recht auf Erstattung der Behandlungs-*
11 *kosten durch seine gesetzliche Krankenkasse bei Wahl eines Nichtvertragszahnarz-*
12 *tes nahezu vollständig verweigert.*
13 *Diese doppelte Diskriminierung sowohl der gesetzlich Krankenversicherten als auch*
14 *der Privatzahnärzte ist angesichts der tatsächlichen Verhältnisse in der zahnmedizi-*
15 *nischen Versorgung in Deutschland durch nichts gerechtfertigt.*
16
17

Abstimmung: einstimmig angenommen